

Presse-Information

Nr. 899

15. Oktober 2008

Heute mit folgenden Themen:

- **EAC-Protest gegen Slowenien-Maut zeigt Wirkung: Einführung von Kurzzeit-Mautvignetten laut Regierungschef Janez Jansa so gut wie sicher**
- **Pkw-Neuzulassungen in Europa sind im Jahresschnitt 2008 um 4,4 % zurückgegangen**
- **EU-Verkehrsminister vertagen Entscheidung über grenzüberschreitende Sanktionen für Verkehrssünder**
- **Wie Steuergelder verschwendet werden**
- **Tourismuskongress: Viele Wünsche und wenig Aussicht auf Erfüllung**
- **ARCD unterstützt Forderungen für eine bessere Mobilität von Familien**
- **Rückgang der Verkehrstoten im Stadtverkehr: Dublin, Oslo und Lissabon Europas Musterschüler**

EAC-Protest gegen Slowenien-Maut zeigt Wirkung: Einführung von Kurzzeit-Mautvignetten laut Regierungschef Janez Jansa so gut wie sicher

Bad Windsheim (ARCD) – Das Mahnschreiben der EU an Slowenien bezüglich der Mautvignette hat offensichtlich Wirkung gezeigt: Slowenien plant ab kommendem Jahr die Einführung von Kurzzeit-Vignetten. Die anlässlich ihrer Herbsttagung in Berlin versammelten EAC-Mitglieder – darunter der ARCD – begrüßen, dass Slowenien auf die berechtigten Einwände gegen die derzeitige Mautregelung reagiert hat. Die 35 Euro teure Autobahnvignette durch Slowenien war untragbar, so der ARCD. Schon Ende Mai hat der Verbund Europäischer Automobilclubs (EAC) massiv gegen die umstrittene Slowenien-Maut in Brüssel protestiert. Hauptargument dabei: Diese Vignette verstößt gegen das Europäische Diskriminierungsverbot. So wie seinerzeit Österreich sollte auch Slowenien dazu gezwungen werden, gelegentlichen Nutzern der Autobahn ein günstigeres Angebot zu machen, als lediglich eine Halbjahresvignette anzubieten. Kroatien ist eine der beliebtesten Ferienregionen. Daher waren auch viele Urlaubsreisende über die neue Maut in Slowenien negativ überrascht. Besonders verteuert wurde die Urlaubsfahrt für alle, die über die Steiermark und Slowenien nach Kroatien gefahren sind. Statt bisher 1,20 Euro mussten sie gleich 35 Euro zahlen. Daher sind auch viele Urlauber auf Alternativrouten – etwa über Ungarn – ausgewichen, um sich die Mautvertéuerung zu ersparen. Mit einer flexibleren Mautlösung handelt Slowenien somit in jedem Fall im Sinne der Umwelt und Verkehrssicherheit, meint der **ARCD**.

Pkw-Neuzulassungen in Europa sind im Jahresschnitt 2008 um 4,4 % zurückgegangen

Bad Windsheim (ARCD) – Nach Jahren stagnierender Verkaufszahlen in Europa zeichnet sich für 2008 erstmals ein signifikanter Rückgang der Neuzulassungen von rund 4 bis 5 % ab. Im September lagen die Pkw-Neuzulassungen in Europa (EU und EFTA) um 8,2 % unter dem Niveau des Vergleichsmonats im Vorjahr. Der August-Trend (- 15,7 %) hat sich trotz weltweiter



Presse-Information

Finanzkrise nicht ungebremst fortgesetzt. Einige Autohersteller kündigen dennoch weitere Maßnahmen zur Produktionsdrosselung an. Sie beklagen zunehmende Erschwernisse bei der Vergabe von Krediten für die Anschaffung von Neufahrzeugen. Die Verbände der europäischen bzw. deutschen Automobilhersteller ACEA und VDA wiesen in Presseaussendungen darauf hin, dass es bei anhaltendem Rückgang der Verkaufszahlen auch schwerer werde, Umweltschutzziele zu erreichen. Einerseits erneuere sich die europäische Flotte langsamer, andererseits fehlten den Herstellern damit Mittel, um die notwendigen Investitionen in Forschung und Umwelttechnologien vorzunehmen. Negativer Spitzenreiter sind auch im September Spanien (- 32,3 %) und Großbritannien (- 21,2 %), während Frankreich (+ 8,4 %) und Deutschland (- 1,5 %) nach Einbrüchen im August wieder eine Marktstabilisierung verzeichnen. Ein Steuer-Bonus treibt vor allem in Frankreich die gewünschte Erneuerung des Fuhrparks voran. Mit über 93 000 Neufahrzeugen (von insgesamt 1,3 Mio. in EU und EFTA) wurden im Osten Europas im September um 7,8 % mehr Pkw zugelassen als noch im September 2007. Vor allem Autokäufer in Tschechien (+ 32,2 %) und Rumänien (+ 17,4 %) zeigen sich von der Finanzkrise unbeeindruckt. Entsprechend konnten auch Skoda (+ 5,2 %) und Dacia (+ 65,6 %) zulegen. **ARCD**

EU-Verkehrsminister vertagen Entscheidung über grenzüberschreitende Sanktionen für Verkehrssünder

Bad Windsheim (ARCD) – Der Gesetzesvorschlag der europäischen Kommission zur grenzüberschreitenden Verfolgung von Verkehrsvergehen in Europa konnte keine Mehrheit im EU-Ministerrat finden. Zunächst sollten nur vier für die Verkehrssicherheit besonders relevante Verstöße europaweit geahndet werden können: Geschwindigkeitsübertretungen, Überfahren einer roten Ampel, Alkohol am Steuer und Fahren ohne Gurt. Die Debatte beim Verkehrsministertreffen am 9. Oktober zeigte, dass sich zwar alle Länder zur Notwendigkeit bekennen, Verkehrsdelikte im EU-Ausland nicht ungesühnt zu lassen. Über das „Wie“ der Exekution von Sanktionen herrschen jedoch getrennte Auffassungen. Deutschland und einige andere Mitgliedsländer wollen an dem bisherigen Prinzip verstärkter Zusammenarbeit der Straßenaufsichts- und Justizbehörden auf bilateraler Ebene nicht rütteln. Vor allem die Einrichtung eines elektronischen EU-Registers, über das Fahrer in allen Ländern automatisch ausgeforscht und zur Kasse gebeten werden können, stößt auf Widerstand. Jeder Staat habe das Recht und die Pflicht, seine Bürger gegen etwaige Willkürlichkeiten zu schützen. Auch im EU-Parlamentsplenum sind kritische Stimmen laut geworden, die eine vorangehende stärkere Harmonisierung der Bußgeldkataloge fordern. Eine endgültige Entscheidung wurde auf das nächste Treffen der 27 Verkehrsminister im Dezember verschoben. Das Parlamentsplenum wird über den Vorschlag im November abstimmen. **ARCD**

Wie Steuergelder verschwendet werden

Bad Windsheim (ARCD) – Die Verschwendung von Steuergeldern durch Fehlplanungen, Unfähigkeit und Schlamperei hört nicht auf. Auch in diesem Jahr stellte der Bund der Steuerzahler wieder drastische Beispiele aus ganz Deutschland in seinem neuesten Schwarzbuch vor. Der Verschwendungslust erlag zum Beispiel das Amt für Straßen- und Verkehrswesen in Frankfurt nur zu gern. Die Stadt baute über einen Fischbach eine massive Stahl-Beton-Brücke für 240 000 Euro, damit Radfahrer und Fußgänger das Wasser überqueren können. Dabei hätte eine einfache kleine Holzbrücke für einen mittleren fünfstelligen Betrag



Presse-Information

genügt, meint der Bund der Steuerzahler. Höchstens 20 Fahrradfahrer nutzen in einer Spitzenstunde die Überführung. Ein Schildbürgerstreich gelang dem Land Schleswig-Holstein mit der Sanierung einer Brücke über den Elbe-Lübeck-Kanal für 160 000 Euro, obwohl in wenigen Jahren eine neue, höhere Brücke gebaut werden muss. Die jetzt durchgeführten Instandsetzungsarbeiten hätten problemlos bis zum Neubau verschoben werden können. In Geesthacht wurde der Rathausplatz mit Kleinpflastersteinen neu gestaltet. Allein die Fahrbahn kostete 209 000 Euro. Immer wieder neue Nachbesserungen führten zu Folgekosten von rund 111 000 Euro. Dennoch ist die Fahrbahn so marode, dass sie vollständig saniert werden muss. Jetzt soll eine neue Asphaltenschicht für 240 000 Euro aufgetragen werden. Für den Steuerzahlerbund bleibt unverständlich, warum immer wieder unzureichend befestigte Pflasterstraßen verlegt werden. Die westfälische Gemeinde Höxter baute mit Geldern des Landes und der EU eine 73 000 Euro teure Aussichtsplattform in die Weseraue. Vom Weserradweg unweit der Plattform bietet sich genau der gleiche Blick auf die Weser und das andere Ufer, wie der Steuerzahlerbund herausfand. Die niedersächsische Gemeinde Ilsede baute in einem Gewerbepark einen modernen Busbahnhof mit einem aufwändigen Glasdach und 14 Park-and-Ride-Plätzen. Das Land gab 300.000 Euro, Ilsede und die Gemeinde Lahstedt zahlten 190 000. Doch die Fahrgäste bleiben aus und die Abstellplätze sind nicht ausgelastet. Gerade auf Kommunal- und Landesebene scheint sich die Politik noch immer die Frage zu stellen: „Warum sollten wir auf etwas verzichten, was sowieso ein anderer bezahlt?“, kritisierte Karl Heinz Däke, Präsident des Steuerzahlerbundes bei der Vorstellung des Schwarzbuchs in Berlin. Besonders Mischfinanzierungen verführten dazu, größer und aufwändiger als nötig zu planen, um alle Zuschussmöglichkeiten zu nutzen. **ARCD**

Tourismusgipfel: Viele Wünsche und wenig Aussicht auf Erfüllung

Bad Windsheim (ARCD) – Bundespräsident Köhler und Ministerpräsident Oettinger verschafften dem 12. Tourismusgipfel am 13. und 14. Oktober in Berlin vor rund 500 Teilnehmern aus der Tourismusindustrie präsidialen Glanz. Sie sprachen über die Erfahrungen des Reisens und über den Tourismus als wichtige Leitindustrie in Deutschland und spendeten Dank und Anerkennung für die Touristiker. Beide vermieden es aber, der Tourismusindustrie große Versprechungen zu machen. Klaus Laepple, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Tourismuswirtschaft, spannte zuvor in seiner Eröffnungsrede einen weiten Bogen vom Eigenlob der Branche bis zu Forderungen an die Politik. Er kritisierte, dass in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs die notwendigen Weichenstellungen für die Tourismuswirtschaft versäumt wurden. Die Wirtschaftskraft der kleinen und mittelständischen Betriebe sei nicht gestärkt, Steuer- und Arbeitsrecht seien nicht verbessert, europäische Wettbewerbsverzerrungen nicht entzerrt und die Mehrwertsteuer für die Hotellerie und Gastronomie nicht gesenkt worden. Einmal in Fahrt, kritisierte er die Umweltzonen für Reisebusse, die Diskussionen um eine Pkw-Maut und den kommenden Emissionshandel im Luftverkehr, der eine anfängliche Mehrbelastung von sechs Milliarden für Wirtschaft und Verbraucher bringt. Lob gab es für die neuen Tourismus-Leitlinien der Bundesregierung, die Ernst Hinsken, Tourismusbeauftragter der Bundesregierung, ankündigte. Mit ihnen sollen wichtige Forderungen der Branche erfüllt werden. Angesichts der gegenwärtigen Finanzkrise reagierte Ludwig Stiegler, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, auf die Wünsche der Branche an den Staat ziemlich aufgebracht. „Wenn ich das alles höre, geht mir das Messer in der Hose auf“, sagte der einflussreiche Koalitionspolitiker in der Podiumsdiskussion. Die Vorsitzende des



Presse-Information

Tourismusausschusses im Deutschen Bundestag Marlene Mortler hatte zuvor erklärt, dass man sie nicht davon überzeugen müsse, dass das Jugendarbeitsschutzgesetz und die Erbschaftsteuer sinnvoll überarbeitet und die reduzierte Mehrwertsteuer für Hotellerie und Gastronomie eingeführt werden müsse. Man arbeite derzeit an den Mehrheiten, die man für die Umsetzung dieser Veränderungen brauche. **ARCD**

ARCD unterstützt Forderungen für eine bessere Mobilität von Familien

Bad Windsheim (ARCD) – Der Auto- und Reiseclub Deutschland (ARCD) unterstützt den Fünf-Punkte-Plan zur Sicherung der Mobilität von Familien, den der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) und der Deutsche Familienverband (DFV) jetzt gemeinsam in Berlin vorstellten. Es geht dabei darum, die familienpolitische Bedeutung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) stärker anzuerkennen und entsprechende Angebote für Familien außerhalb von Großstädten und Ballungsgebieten zu erhalten. Bisher wird die Familienfreundlichkeit in einer Region im Familienatlas der Bundesregierung von der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Wohnen, Bildung, Ausbildung sowie Freizeitgestaltung bestimmt. Die verschiedenen Bereiche sollen auch ohne Auto erreichbar sein und die Angebote von Bussen und Bahnen weitere Kriterien im Familienatlas werden. Damit der ÖPNV auch weiterhin bezahlbar bleibt, müssen die Regionalisierungsmittel des Bundes über das Jahr 2014 mit einer jährlichen Dynamisierung von 1,5 Prozent erhalten bleiben. Von den Familien wird, so die beiden Verbände, eine immer größere Mobilität durch Schulzusammenlegungen, entfernte Arbeitsstätten und zentrale Freizeitangebote gefordert. Deshalb müssten wenigstens die beruflichen Wege steuerlich voll absetzbar sein. Da Autofahren immer teurer wird, fordern die Verbände, dass die Energiesteuern für Bahnen und Busse auf die Mindeststeuersätze gesenkt werden. Für Familien sei es immer schwieriger, sich die Mobilität mit dem eigenen Pkw zu leisten. Eine weitere Forderung ist die Staffelung von Schulzeiten, damit während der morgendlichen Verkehrsspitzenzeiten nicht alle Schüler gleichzeitig zur Schule fahren müssen. Dies käme im ÖPNV allen Fahrgästen zugute und die Verkehrsunternehmen könnten günstigere Leistungen bieten, weil sie weniger Fahrzeuge vorhalten müssten. Der ARCD fordert zusätzlich, die Straßeninfrastruktur nicht zu vernachlässigen und den Individualverkehr durch hohe Belastungen finanziell nicht zu überfordern. Besonders für Einkaufsfahrten zu auseinander liegenden Geschäften und für Touren zu mehreren Zielen ist das Auto oft unverzichtbar. Erst eine ausgewogene Mischung von öffentlichen und privaten Fahrmöglichkeiten und ein gut strukturiertes Straßen- und Wegenetz sorgen für eine sichere und vielseitige Mobilität von Familien.

ARCD

Rückgang der Verkehrstoten im Stadtverkehr: Dublin, Oslo und Lissabon Europas

Musterschüler

Bad Windsheim (ARCD) – Trotz einer allgemeinen Reduzierung des Fahrttempos verlieren nach wie vor jährlich rund 1560 Menschen ihr Leben im Verkehr der 27 Hauptstädte Europas. Laut Erhebungen über den Zeitraum 2004 - 2006 sind 43 % davon Fußgänger, 21 % motorisierte Zweiradfahrer und 5 % Radfahrer. Aus Anlass des 2. Europäischen Verkehrssicherheitstages am 13. Oktober mit Schwerpunkt städtischer Verkehr veröffentlichte der Europäische Verkehrssicherheitsrat ETSC ein Ranking der europäischen Hauptstädte, die es schafften, die Zahl der Verkehrstoten innerhalb der Stadtgrenzen drastisch zu reduzieren. Demnach gelang es den Stadtvätern von Dublin, die Anzahl der Verkehrstoten im vergangenen



Presse-Information

Jahrzehnt um 12 % zu verringern, gefolgt von Lissabon (- 10 %) und Oslo (- 9 %). Michel Byrne vom Stadtrat Dublins führt diesen Erfolg auf einen breit angelegten strategischen Ansatz zurück, der neben der Finanzierung von Infrastrukturen und öffentlichen Verkehrsmitteln in der auch bessere Verkehrserziehung und strengere Kontrollen mit einbezieht. Überdurchschnittliche Fortschritte bei der Reduzierung der Verkehrstoten (1997 - 2007) verzeichnete der ETSC auch in Sofia, Bratislava, Warschau, Madrid, Bukarest, Paris, Kopenhagen und Tallin, während Berlin im EU-Durchschnitt von 4,1 % liegt und Rom, Brüssel, Amsterdam und London nur geringfügige Erfolge melden können. In Helsinki hat die Anzahl der Verkehrstoten sogar leicht zugenommen. Bemerkenswert sticht Valletta hervor: In der Hauptstadt Maltas gab es seit 2007 keinen einzigen Verkehrstoten zu beklagen. Der ETSC fordert die Ausweitung von 30-km/h Zonen in Europas Städten und Infrastruktur-Maßnahmen, die vor allem Fußgängern und Radfahrern stärkeren Schutz bieten. **ARCD**

